

Große Anfrage

der Abgeordneten Lenzer, Dr. Bugl, Boroffka, Carstensen, Gerstein, Keller, Maaß, Frau Dr. Neumeister, Schneider (Idar-Oberstein), Seesing, Dr. Warrikoff, Landré, Dr. Laufs, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Wex, Dr. Blank, Fellner, Haungs, Dr. Lippold, Voigt (Sonthofen), Frau Dr. Wisniewski, Kolb, Dr. Jobst, Dr. Kunz (Weiden), Müller (Wadern), Magin, Frau Roitzsch, Frau Hoffmann (Soltau), Pohlmann, Sauter (Ichenhausen), Clemens, Graf von Waldburg-Zeil, Dr. Hüsch, Wilz, Müller (Wesseling), Sauer (Stuttgart) Linsmeier, Schwarz, von Schmude, Dr.-Ing. Kansy, Dr.-Ing. Laermann, Kohn, Neuhausen, Grünbeck, Hoffie, Eimer (Fürth), Dr. Haussmann und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Anlässlich des Wirtschaftsgipfels in Williamsburg vom 28. bis 30. Mai 1983 ist der vor einem Jahr von den Regierungschefs angeforderte Bericht „Technologie, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung“ von einer internationalen Arbeitsgruppe vorgelegt und von ihnen zustimmend zur Kenntnis genommen worden.

Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der schwerpunktmäßig im Bericht als Zukunftspotentiale genannten Forschungsgebiete

- Informationstechnologie
- Industrie-Robotertechnologie
- Fernerkundung und Kommunikation
- Werkstoffverbesserungen
- Katalyse- und Membrantechnologie
- Biotechnologie
- Schnellbrüter-Technologie
- Kernfusion
- Grundlagenforschung

auch im Hinblick auf internationale Zusammenarbeit und ungehinderte Kommunikation auf dem Gebiet der Wissen-

schaft für die Ausrichtung ihrer künftigen Forschungs- und Technologiepolitik?

2. Inwieweit sind die in dem Bericht „Technologie, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung“ aufgeführten Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte mit den bisherigen forschungspolitischen Zielsetzungen, wie sie z. B. im Bundesforschungsbericht VI dargelegt sind, zu vereinbaren, und welche Änderungen ergeben sich hieraus gegebenenfalls für die zukünftige Forschungspolitik der Bundesregierung?
3. Wie bewertet die Bundesregierung Forschung und Entwicklung (FuE) als Instrumentarium zur Modernisierung der Wirtschaftsstruktur unseres Landes unter Berücksichtigung des Grundsatzes einer vorausschauenden marktwirtschaftlichen Strukturpolitik, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang in jüngerer Zeit über den Einfluß von forschungs- und technologiepolitischen Maßnahmen auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung – speziell bezogen auf deutsche Verhältnisse – gewonnen, und welche dieser Erkenntnisse machte sie sich bei der Neukonzeption ihrer Forschungs- und Technologiepolitik besonders zunutze?
4. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Wissenschaft und Forschung wesentliche Grundlagen für die Gestaltung unserer Zukunft darstellen und eine angemessene staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung daher notwendiger Bestandteil einer vorsorgenden Politik sein muß?
5. Inwieweit setzt der enger gewordene Finanzrahmen einer Ausweitung staatlicher Forschungsförderung Grenzen, hat die Bundesregierung im Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Kriterien für die zukünftige Gestaltung der Forschungsförderung erarbeitet? Ist davon auszugehen, daß die Grundlagenforschung weiterhin angemessen und stetig ohne verstärkte inhaltliche Einflußnahme des Staats auf Wissenschaft und Forschung gefördert wird?
6. Inwieweit sollte nach Auffassung der Bundesregierung in der Forschungs- und Entwicklungspolitik zukünftig die Akzentuierung wieder verstärkt auf Subsidiarität abgestellt werden, und welche Maßnahmen insbesondere aus dem Bereich der indirekten Forschungsförderung sind hierfür besonders geeignet?
7. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um einen effizienten Innovationsprozeß in Gang zu setzen, der die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland auf den Gebieten Wissenschaft, Forschung und Technik einerseits sowie die Ziele des Gesetzes über Stabilität und Wachstum der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz) andererseits fördert?
8. Beabsichtigt die Bundesregierung, das Instrumentarium der indirekten Forschungsförderung kritisch zu überprüfen und verstärkt auf die Unterstützung der Forschungs- und Entwick-

lungsanstrengungen kleiner und mittlerer Unternehmen auszurichten? Welche ordnungspolitischen sowie patent-, steuer-, handels-, haushaltspolitischen und -rechtlichen Initiativen und Maßnahmen erscheinen der Bundesregierung zur Durchsetzung dieser forschungspolitischen Ziele nach innen und außen als geeignet?

9. Welche Aufgaben und Arbeiten sollen nach Meinung der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Bericht „Technologie, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung“ die deutschen Forschungszentren unter Mitberücksichtigung der internationalen forschungs- und technologiepolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen – auch im Rahmen der EG – übernehmen?
10. Welche Möglichkeiten zu einer verstärkten Kooperation zwischen Hochschule, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Wirtschaft, Industrie und Verwaltung im nationalen sowie im internationalen Bereich sieht die Bundesregierung, um den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse sicherzustellen und zu verbessern?
11. Läßt sich nach Auffassung der Bundesregierung im Bereich des wissenschaftlichen Personals der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse und von Know-how weiter verbessern durch
 - einen zeitlich begrenzten Personalaustausch zwischen einzelnen Forschungseinrichtungen, z. B. Großforschungseinrichtungen, Hochschulen und Industrie,
 - die Möglichkeit im Rahmen von Rückkehroptionen Forschungs- und Entwicklungsmitarbeitern den Einstieg in eine selbständige unternehmerische Tätigkeit zu erleichtern?
12. Welche Angaben kann die Bundesregierung hinsichtlich des bisher durchgeführten öffentlichen Technologietransfers zwischen den Staaten – auch unter Berücksichtigung der Rückkehrquote der hier aus- und weitergebildeten ausländischen Wissenschaftler und Techniker in ihre Heimatländer – machen, und welche Maßnahmen unternimmt sie, um ihre Ziele und Verpflichtungen in diesem Sinn, auch speziell gegenüber der Dritten Welt, als Industriestaat zu erfüllen?
13. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich des personellen und finanziellen Engagements beim Technologietransfer in die Dritte Welt durch deutsche Unternehmen und privatwirtschaftliche Institutionen, und welche Maßnahmen rechtlicher, organisatorischer und finanzieller Art gedenkt die Bundesregierung ihrerseits zu unternehmen, um diesen Technologietransfer zu stimulieren und zu fördern?

Bonn, den 5. August 1983

**Lenzer
Dr. Bugl
Boroffka
Carstensen
Gerstein
Keller
Maaß
Frau Dr. Neumeister
Schneider (Idar-Oberstein)
Seesing
Dr. Warrikoff
Landré
Dr. Laufs
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
Dr. Stavenhagen
Frau Dr. Wex
Dr. Blank
Fellner
Haungs
Dr. Lippold
Voigt (Sonthofen)
Frau Dr. Wisniewski
Kolb
Dr. Jobst
Dr. Kunz (Weiden)
Müller (Wadern)
Magin
Frau Roitzsch
Frau Hoffmann (Soltau)
Pohlmann
Sauter (Ichenhausen)
Clemens
Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Hüsch
Wilz
Müller (Wesseling)
Sauer (Stuttgart)
Linsmeler
Schwarz
von Schmude
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion**

**Dr.-Ing. Laermann
Kohn
Neuhausen
Grünbeck
Hoffie
Eimer (Fürth)
Dr. Haussmann
Mischnick und Fraktion**

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland als ein hochindustrialisiertes Land verfügt nur über sehr geringe Rohstoffressourcen und in begrenztem Maß über eigene Vorräte an Primärenergieträgern. Kreativität und Leistungsfähigkeit der Bürger sind wesentliches Kapital unserer Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb. Nutzung und Umsetzung dieses vorhandenen Potentials, vor allem im Bereich von Forschung und Entwicklung, sichern damit unsere wirtschaftliche, soziale und politische Zukunft. Im Hinblick auf den notwendigen Strukturwandel unserer Volkswirtschaft kommt der Wissenschaft-, Forschungs- und Technologiepolitik daher eine entscheidende Bedeutung zu. Forschung und Technologie werden die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten in den achtziger Jahren nachhaltig beeinflussen. Sie stellen die Industriestaaten vor neue Herausforderungen und Aufgaben, deren Lösung wegen der zunehmenden Verflechtung der Weltwirtschaft eine engere Abstimmung staatlichen Handelns zwischen diesen Staaten notwendig macht. Daraus folgt, daß ausgehend von solchen Abstimmungsprozessen im internationalen Bereich erhebliche Einflüsse und Veränderungen auf nationale Zielsetzungen und Maßnahmen der Forschungs- und Technologiepolitik ausgehen können.

Der Bericht der internationalen Arbeitsgruppe „Technologie, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung“, eingesetzt durch Beschluß der Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen in Versailles vom 4. bis 6. Juni 1982, macht deutlich, daß Wissenschaft und Technologie eine Grundlage für Wiederbelebung und Wachstum der Wirtschaft sind (Bericht herausgegeben vom Bundesminister für Forschung und Technologie, Bonn, April 1983). Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP möchten mit dieser Großen Anfrage zur Transparenz der komplizierten Zusammenhänge beitragen.

